

# Sicherheit neu denken?



## Ein Angriffskrieg auf europäischem Boden ...

schien für die meisten Jugendlichen bis vor Kurzem außerhalb ihrer Vorstellungskraft. Die Kriege des 20. Jahrhunderts waren für sie Ereignisse aus den Geschichtsbüchern. Sie wuchsen in einem vereinigten Deutschland und einer EU auf, die sich zum Ziel gemacht haben, den Frieden in Europa und der Welt dauerhaft zu sichern und zu fördern. Internationale Politik zu gestalten bedeutet demnach vor allem das Bemühen um eine zivile Konfliktbeilegung unter Beachtung des Völkerrechts, Gewaltanwendung ist nur Ultima Ratio und Militarismus ein „entsorgtes“ Konzept.

Der militärische Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert daher einen Wendepunkt nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur, sondern konfrontiert auch Jugendliche mit einer für sie ungekannten politischen Situation und der Frage, wie Sicherheit in einem unsicher gewordenen Umfeld gewährleistet werden kann.

Mit der von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufenen „Zeitenwende“ zeichnen sich erste Antworten auf diese Frage ab: Die Schlagworte „Landes- und Bündnisverteidigung“ sind zurück auf der Agenda und die Aufrüstung der Bundeswehr mit milliardenschweren Investitionen ist beschlossene Sache. Doch offen bleibt: Welche politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen bringen die jüngsten Ereignisse mit sich? Wie wird Sicherheitspolitik grundsätzlich neu ausbuchstabiert und wie soll Deutschlands Rolle in der Welt zukünftig aussehen?

Peter Schuller

### Inhalt

Vorab	2
Einführung ins Thema	3 – 5
Hinweise zu den Arbeitsblättern	6 – 8
Arbeitsblätter 01 – 04	9 – 12
Weiteres zum Thema	13
Zuletzt erschienen + Bestellhinweise	14

### Zu den Autoren

**Prof. Dr. Johannes Varwick** ist Politikwissenschaftler und hat den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen und europäische Politik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg inne.

**Tobias Berens** ist Lehrer am Hohenzollern-Gymnasium in Sigmaringen. Er unterrichtet in den Fächern Gemeinschaftskunde, Geschichte, Wirtschaft und Spanisch. Darüber hinaus ist er als Schulbuchautor tätig.

**DIE NEUEN  
THEMENBLÄTTER**  
nutzbar in  
3 Varianten



**Kopieren:** Die Arbeitsblätter sind je doppelt vorhanden: So verbleibt immer ein Exemplar zur Ansicht im Heft, während das andere herausgetrennt und kopiert werden kann – optimiert auf Schwarz-Weiß. Das ermöglicht die Vervielfältigung nach individuellem Bedarf und reduziert unnötigen Abfall.



**Ausfüllen:** Die PDF-Dateien sind barrierefrei und enthalten Eingabefelder. Die Lernenden können die Aufgaben mit PDF-fähigen Endgeräten lösen und die Ergebnisse digital einreichen. Das spart Druckkosten und ermöglicht Distanzunterricht.



**Verändern:** Die Themenblätter sind offene Bildungsmaterialien (OER) und stehen im ODT-Dateiformat zur Verfügung. So können viele Inhalte an die Bedürfnisse der Lerngruppe angepasst werden.  
[bbp.de/themenblaetter](http://bbp.de/themenblaetter)

### Impressum

**Herausgeberin:**  
Bundeszentrale für politische Bildung/bpb  
Adenauerallee 86, 53113 Bonn; [www.bpb.de](http://www.bpb.de)  
**E-Mail der Redaktion:** [edu@bpb.de](mailto:edu@bpb.de)  
**Redaktion:** Peter Schuller (verantwortlich),  
Johannes Winter  
**Autoren:** Prof. Dr. Johannes Varwick,  
Tobias Berens  
**Gestaltung:** Mohr Design, Köln  
**Titelfoto:** © photocase/kallejipp  
**Druck:** Bonifatius GmbH, Paderborn  
**Papier:** 100% Recyclingpapier  
**Redaktionsschluss:** Juli 2022  
**Veröffentlichung:** 1. Auflage August 2022  
Bestell-Nr. 5426, ISSN 0944-8357

**Lizenz:** Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe. Die Attribution soll wie folgt lauten:



Themenblätter im Unterricht | 131,  
Autoren: Johannes Varwick und Tobias Berens,  
Herausgeberin: Bundeszentrale für politische  
Bildung/bpb (2022), Lizenz: CC BY-SA 4.0

**Hinweis:** Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

# Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

von Johannes Varwick

*Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik ist traditionell geprägt von multilateralem Vorgehen und dem Bemühen um zivile Konfliktlösung. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine stellt Deutschland und Europa vor neue sicherheitspolitische Herausforderungen.*

Als die Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 auf den Trümmern des „Dritten Reiches“ mitsamt dessen vollständiger militärischer, politischer, ökonomischer und moralischer Niederlage gegründet wurde, war an eine souveräne Außenpolitik nicht zu denken. Das Besatzungsstatut begrenzte den Handlungsspielraum des geteilten Landes massiv und erst mit den Pariser Verträgen vom Mai 1955 wurden der eng im Westen verankerten Bundesrepublik Teile ihrer Souveränitätsrechte zurückgegeben.

## Souveränität durch Integration

Außenpolitische Richtschnur der Bundesrepublik war es, Souveränität durch Integration in die internationale Staatengemeinschaft zu erlangen. Die Außenpolitik der im Oktober 1949 gegründeten DDR wurde hingegen nahezu vollständig von der Sowjetunion bestimmt. Erst der am 12. September 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs (Frankreich, Großbritannien, USA, Sowjetunion) schaffte die Grundlage für die innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands.

Seit dem 3. Oktober 1990 trägt Deutschland die alleinige Verantwortung für seine Außenpolitik. Zugleich gibt es tradierte Orientierungen und Handlungsmuster, die im Sinne einer „außenpolitischen Kultur“ traditionell von einem breiten parteipolitischen Konsens getragen werden: Dazu zählen

- die Westintegration, mit der Deutschland fest in den europäischen und transatlantischen Strukturen verankert war und ist,
- die Offenheit für einen breit angelegten, regionalen und globalen Multilateralismus mit dem Ziel einer Verrechtlichung und Institutionalisierung der internationalen Politik,
- die zentrale Bedeutung von Wirtschafts- und Handelsfragen, die sich aus der Vernetzung mit der Weltwirtschaft sowie einer enormen Export- wie Importabhängigkeit ergibt, und
- die selbstgewählte Kultur der Zurückhaltung in machtpolitischen und insbesondere militärischen Fragen.

Auch macht das Grundgesetz eine Reihe an Vorgaben für die Außenpolitik:

- Bekenntnis zu einem kooperativen Internationalismus und Verpflichtung zur Mitwirkung an der europäischen Integration (Präambel, Art. 23 GG)
- Eintreten für Menschenrechte und eine friedensstaatliche Grundorientierung (Art. 1 Abs. 2 GG) sowie Verbot eines Angriffskriegs (Art. 26 GG) in Einklang mit der UN-Charta

- enge parlamentarische Kontrolle von Auslandseinsätzen der Bundeswehr im Sinne der Möglichkeit an der Mitwirkung an Systemen kollektiver Sicherheit (Art. 24 Abs. 2 GG)
- Vorrang des Völkerrechts vor nationalem Recht (Art. 25 GG)
- Verantwortung für die Außenpolitik beim Bund (Art. 32 Abs. 1, Art. 73 Abs. 1 GG) sowie starke Stellung des Bundeskanzlers/der Bundeskanzlerin qua Richtlinienkompetenz (Art. 65 GG)

## Außenpolitik ...

*ist die Gesamtheit der Aktionen und Reaktionen in der internationalen Umwelt, mit der Staaten ihre politischen Ziele und Ordnungsvorstellungen durchzusetzen versuchen. Dabei spielen auch internationale Organisationen und gesellschaftliche Anforderungen eine Rolle. Sicherheitspolitik ist ein Teilbereich der Außenpolitik. Dabei geht es um die Gesamtheit der Bemühungen, Krieg zu verhindern und politische Selbstbestimmung zu erhalten sowie die Fähigkeit, auf ein breites Spektrum von Gefahren angemessen und mit kluger Priorisierung zu reagieren.*

## Lehre aus der Geschichte: Multilateralismus zentral

Insbesondere die Vorstellung, dass Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht auf Alleingänge setzen sollte, ist eine der zentralen Lehren aus der Geschichte. Wichtigstes Element ist dabei der *Multilateralismus*. Dieser Politikstil bezeichnet die Ausgestaltung der zwischenstaatlichen Beziehungen auf der Basis bestimmter, allgemein akzeptierter Verhaltensregeln und Prinzipien. Die beteiligten Akteure sind entsprechend bereit, nach diesen gemeinsamen Regeln zu handeln. Nationale Interessen sind dabei keineswegs bedeutungslos, werden aber in ein übergeordnetes Ordnungskonzept eingebracht und vor allem wird intensiv nach gemeinsamen Lösungen gesucht. Multilateralismus ist das konzeptionelle Gegenmodell zum Unilateralismus, bei dem einzelne Staaten sich vorbehalten, je nach eigener Interessenslage allein und gegebenenfalls auch gegen andere Staaten zu handeln.

## Wandel auf allen Ebenen

Drei Jahrzehnte souveräner deutscher Außenpolitik belegen einen sehr weitgehenden Wandel in der Selbst- wie Fremdwahrnehmung deutscher Größe, Wirtschaftskraft sowie politischer und militärischer Gestaltungsansprüche. Die Wiedervereinigung Deutschlands hatte bei Freunden wie Gegnern trotz anders lautender Rhetorik zunächst zu großer Verunsicherung geführt. Abgesehen von den USA standen die engsten Partner der Vereinigung zunächst kritisch gegenüber, fürchteten sie

doch nicht nur eine veränderte machtpolitische Balance in Europa, sondern auch die neue deutsche Größe, die früherer oder später zu Dominanz oder gar zur Rückkehr deutscher Großmachtpolitik führen könne.

Trotz eines enormen Vertrauenskapitals, das die unterschiedlichen Bundesregierungen in 40 Jahren in der internationalen Politik aufgebaut hatten, war es alles andere als klar, wie sich die Außenpolitik des vereinten Deutschlands entwickeln würde. Dabei wich die Sorge vor deutscher Macht jedoch immer mehr einer gestiegenen Erwartungshaltung an deutsches Engagement. Sichtbar wurde das in der Aussage des damaligen polnischen Außenministers Sikorski im Jahr 2011, dass er deutsche Macht heute weniger fürchte als deutsche Untätigkeit.

Die Kontinuität deutscher Außen- und Sicherheitspolitik bestand seit jeher in einer grundsätzlichen Zurückhaltung in Bezug auf Führungs- und Gestaltungsansprüche jenseits ökonomischer Fragen. Zugleich wirkte die deutsche Außenpolitik mit der Leitidee der „Zivilmacht“, die insbesondere durch wirtschaftliche Beziehungen und umfangreiche diplomatische Bemühungen bei gleichzeitiger machtpolitischer Zurückhaltung geprägt ist, durchaus effektiv. Der stille und doch stetige Aufstieg zur Führungsmacht in Europa ist der deutlichste Beleg hierfür. Aber auch in anderen internationalen Kontexten hat die Bundesrepublik einen starken Einfluss als „Soft Power“ und nicht selten, wie z. B. im Nahen Osten, auch den Ruf als „ehrllicher Makler“ erworben. Zentrales Projekt war dabei stets die europäische Integration und mit ihr die deutsche Einbindung, die bis heute unangefochten als Staatsräson gilt. Aus diesem Grund fiel es Deutschland auch wesentlich leichter als anderen Staaten wie etwa Großbritannien, Souveränitätsrechte an die EG und später die EU abzutreten.

### **Vom Konsumenten zum (Mit-)Produzenten internationaler Ordnung**

Seit einigen Jahren hat sich Deutschland jedoch zunehmend von diesen etablierten Bezugspunkten gelöst und bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel inzwischen recht deutlich in Richtung Wandel. Ein erster Grund hierfür liegt in der Suche nach einer neuen Rolle für das vereinigte Deutschland nach 1990, die naturgemäß anders zu bewerten sein musste als jene der noch nicht vollständig souveränen beiden deutschen Staaten zuvor. Neben dem eigenen, zunächst zögerlichen Vortasten auf die internationale Bühne – gekennzeichnet u. a. durch die erstmalige Beteiligung deutscher Soldaten/-innen an Einsätzen im Rahmen der Vereinten Nationen und der NATO in der ersten Hälfte der 1990er Jahre – wuchs zunehmend auch die Erwartung der Partnerstaaten. Diese Entwicklung hat spätestens seit der Finanz- und Schuldenkrise ab 2008 dazu geführt, dass selbst Staaten mit einer historisch bedingten Zurückhaltung gegenüber deutschem Einfluss Führung anmahnen.

Von einer wichtigen Mittelmacht mit globalen Interessen kann in der Tat erwartet werden, dass sie eigene Vorstellungen in der internationalen Politik entwickelt und versucht, diese durchzusetzen. Insofern ist Deutschland tatsächlich vom Konsumenten zu einem wichtigen (Mit-)Produzenten der internationalen Ordnung geworden. Bei der Umsetzung dieser Erkenntnisse gibt es gleichwohl eine Reihe an Defiziten. Der massive Wetterumschwung in den internationalen Beziehungen zu Beginn des Jahres 2022 – der Krieg gegen die Ukraine und die darauffolgende Eiszeit im Verhältnis zwischen Russland und dem Westen – hat zunächst zu einer engeren Zusammenarbeit mit den westlichen Partnerstaaten und insbesondere auch den USA geführt. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie sich die außen- und sicherheitspolitische Agenda der Bundesrepublik nach dieser Krise grundsätzlich verändern wird.

### **Ukrainekrieg als Wendepunkt**

Vor diesem Hintergrund ist die sicherheitspolitische Zeitenwende zu betrachten, die Bundeskanzler Scholz in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 ankündigte. Er argumentierte dort angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs von Russland gegen die Ukraine, dass Deutschland „deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren muss, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen“. Das sei eine große nationale Kraftanstrengung mit dem Ziel einer leistungsfähigen, hochmodernen Bundeswehr, „die uns zuverlässig schützt“.<sup>1</sup>

Spätestens seit dem Herbst 2021 hatten groß angelegte Aufmarschbewegungen und Manöver russischer Streitkräfte unmittelbar an den Grenzen zur Ukraine für Unruhe gesorgt. Erinnerungen an Georgien 2008 und die Krim bzw. den Donbass 2014 wurden wach. Die Frage stellte sich sofort, ob das alles eher als Drohgebärde oder als Vorbereitung für einen gewaltsamen Angriff auf ukrainisches Territorium zu deuten war. Unklar war vor allem: Welche konkreten Ziele verfolgt Wladimir Putin? Wie legitim sind die Forderungen nach einer Neuordnung der europäischen Sicherheitsordnung und wie nachvollziehbar sind insbesondere die postulierten russischen Sicherheitsinteressen? Oder folgte das alles einem längst geschriebenen Drehbuch, das die europäische Geschichte seit dem Zerfall des Sowjetimperiums revidieren will und dafür auch militärische Gewalt einsetzt sowie zivilisatorische Errungenschaften massiv infrage stellt? Die Analysten/-innen waren sich keineswegs einig und sind es teilweise bis heute nicht. Gleiches gilt für die Debatte, ob sich der Westen eine Mitverantwortung für die Eskalation zuschreiben lassen muss.

Krieg ist in Europa damit wieder real. An dem eklatanten Verstoß gegen die Regeln des Völkerrechts gibt es keinen Zweifel, ebenso wenig wie an der eindeutigen Verletzung zentraler Abkommen zur europäischen Sicherheitsarchitektur wie Helsinki (1975), Paris (1990) und nicht zuletzt dem Budapester Memorandum (1994), in dem die Souveränität der Ukraine –

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag: Bundeskanzler Olaf Scholz: „Wir erleben eine Zeitenwende“, 27. 2. 2022. [bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw08-sondersitzung-882198)

dies auch im Gegenzug zu deren Abgabe aller Nuklearwaffen an Moskau – rechtsverbindlich zugesichert wurde. Damit war nicht nur die Hoffnung abrupt beendet, mit Hilfe der Diplomatie eine Aggression verhindern zu können. Russland hat darüber hinaus auch das gesamte bisherige Vertragssystem wohl unwiderruflich beschädigt.

Alle Überlegungen, ob und wie mit Diplomatie ein Krieg vermieden werden kann, waren damit hinfällig. Unverrückbar bleibt derzeit die von Anfang an postulierte Absicht der NATO und vor allem der USA, selbst nicht direkt militärisch einzugreifen, also keinesfalls Kriegspartei zu werden und damit eine direkte Auseinandersetzung mit der Atommacht Russland zu vermeiden. Zugleich ist auch Deutschland mit Waffenlieferungen an die sich verteidigende Ukraine inzwischen klar positioniert.

### Zeitenwende und sicherheitspolitisches Umdenken

Diese Erfahrungen haben also in Deutschland den Beginn eines sicherheitspolitischen Umdenkens eingeleitet. Der Begriff der „Zeitenwende“ spiegelt das wider – konkretisiert etwa durch eine bisher für undenkbar gehaltene Steigerung der Verteidigungsausgaben inklusive eines Sondervermögens für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sowie durch die Ankündigung der Ampelkoalition, eine nationale Sicherheitsstrategie zu erarbeiten. Fest steht: Die Verantwortung in der Sicherheitspolitik wird grundsätzlich neu ausbuchstabiert werden müssen. Dies wird dazu führen, dass das Politikfeld Sicherheit an Relevanz und Aufmerksamkeit gewinnt – und auch die öffentliche Diskussion über diese Fragen wird intensiviert werden müssen.

Der Kern der internationalen sicherheitspolitischen Verantwortung Deutschlands sollte sich aus Gründen seiner Lage, Größe, Wirtschaftskraft und auch Geschichte vor allem auf seine stabilisierende Funktion in Europa beziehen. Mit Blick auf die Rolle seiner Streitkräfte ergibt sich daraus eine besondere Verantwortung für das Thema Landes- und Bündnisverteidigung, und hier hat Deutschland auch dezidiert Verantwortung übernommen – selbst wenn diese lange nicht durch entsprechende finanzielle Ressourcen unterfüttert war. So wurde vielfach beklagt, dass Deutschland wie kaum ein anderes Land von der liberalen internationalen Ordnung profitiert, zu deren Erhalt es jedoch zumindest militärisch bisweilen nur wenig beigetragen hat.

### Deutsche Interessen

Das deutsche Interesse lässt sich vereinfacht wie folgt formulieren: Deutschland ist in besonderem Maße auf eine offene, kooperative internationale Ordnung angewiesen, in der sowohl freier Zugang zu Ressourcen sichergestellt als auch Handelswege offen sind und das staatliche Gewaltmonopol garantiert ist. Damit verbunden liegt es im langfristigen deutschen

Interesse, dass eine strategische Konfrontation des Westens mit aufsteigenden Mächten wie China oder Indien und ein dauerhafter Rückfall in alte Konfliktstrukturen im Osten Europas bestmöglich verhindert werden. Insbesondere wie sich Deutschland mit Blick auf die Frage positioniert, ob Demokratie und Menschenrechte zentrale Maßstäbe für außenpolitisches Handeln sein sollen oder aber auch mit autoritären Staaten wie China ein stabiler und womöglich pragmatischer Interessenausgleich möglich ist, gehört zu den entscheidenden Richtungsfragen.

#### **Werte und Interessen ...**

*sind traditionelle Kategorien von Außenpolitik. Bei Werten geht es darum, Themen wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freiheit, Umweltschutz bestmöglich in die internationale Debatte einzubringen. Zugleich geht es in der Außenpolitik immer um die Durchsetzung von Interessen, wie etwa den Erhalt von Macht und Einfluss, eine florierende Wirtschaft, stabile Energieversorgung oder offene Handelswege. Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung spricht davon, Deutschlands Außenpolitik werde „wertebasiert“ sein, an anderer Stelle heißt es, bei der Außenpolitik „leiten uns unsere Werte und Interessen“<sup>2</sup>. So ist es offenkundig, dass Werte und Interessen in einem Spannungsverhältnis zueinanderstehen können und Außenpolitik hier oft Kompromisse machen muss.*

Deutschland ist hier in der Verantwortung, seine Interessen und Werte klar zu formulieren und gemeinsam mit seinen Partnern möglichst geschickt durchzusetzen. Begleitet werden muss dies durch eine breite und gehaltvolle innenpolitische Debatte, denn ohne Zustimmung der Bevölkerung zu einer aktiveren außenpolitischen Rolle kann eine Regierung in einer Demokratie nicht handeln. Das bedeutet nicht, dass Deutschland sich künftig leichtfertiger militärisch engagieren sollte. Es bedeutet aber sehr wohl, dass Deutschland

- erstens seine Interessen stärker definieren muss und dabei auch zwischen Wirtschaftsinteressen und der Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit abwägen müssen sowie
- zweitens in den (vermutlich wenigen) Fällen, in denen der Einsatz seiner Streitkräfte zur Problemlösung nachhaltig beitragen kann, dies im multilateralen Verbund völkerrechtskonform und verlässlich tun können sollte.

Diesbezüglich ist einiges geschehen – aber es bleibt viel zu tun. Insgesamt muss aktiver vermittelt werden, dass deutsche Geschichte wirksame Mahnung bleiben muss, aber nicht gegen eine aktive Führungsrolle beim Gestalten der internationalen Ordnung, sondern dafür. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist mithin erwachsen geworden, mit allen Herausforderungen, die damit zusammenhängen.

<sup>2</sup> Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP (2021). [bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800](https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gesetzesvorhaben/koalitionsvertrag-2021-1990800), S. 143.

# Wie setze ich die Materialien im Unterricht ein?

von Tobias Berens

## Lernziele:

### Die Schülerinnen und Schüler

- erarbeiten die Begriffe „Sicherheit“ und „Sicherheitspolitik“,
- erschließen das Feld der Sicherheitspolitik in Abgrenzung zur Außen- und Innenpolitik sowie in Bezug zu den Kategorien „Werte“ und „Interessen“,
- analysieren die historisch gewachsene Rolle Deutschlands in der Welt und die damit verbundene Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee,

- vergleichen die Reaktionen verschiedener Akteure/-innen auf den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und ordnen ihn völkerrechtlich ein,
- analysieren die Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022 hinsichtlich einer proklamierten „Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik,
- diskutieren und bewerten die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konsequenzen.

## AB 01 Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik

### Zu Aufgabe 1: Was ist Sicherheit?

**zu a)** Zum Einstieg werden die Schüler/-innen angeregt, über ihr Sicherheitsempfinden nachzudenken. Die Eingangsfrage kann auch vor Verteilen des Arbeitsblatts gestellt werden.

**zu b)** Bei der Diskussion soll deutlich werden, dass es unterschiedliche Sicherheitsbedürfnisse gibt und der Begriff sehr weit gefasst werden kann. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, die Antworten im Plenum zu sammeln und an der Tafel zu fixieren. Dies könnte mit im Vorfeld ausgeteilten Metaplankarten erfolgen, die dann geordnet oder aber bei Aufgabe 2 nochmals aufgegriffen werden.

**zu c)** Durch die Markierung der zentralen Begriffe kann die Komplexität der Aussagen reduziert werden.

**zu d)** Bei der Erarbeitung des Sicherheitsbegriffes kann auch eine Abgrenzung zum Friedensbegriff vorgenommen werden. Dafür sei auf den Artikel von Thomas Nielebrock verwiesen (s. Weiteres zum Thema, S. 13). Beim Vergleich der Definitionen soll deutlich werden, dass der Sicherheitsbegriff viele Facetten hat. Dies reicht von einer „Sicherheit als Abwesenheit von Bedrohung“ (Q1) bis hin zum Anspruch, „Menschenrechte, Zugang zu Bildung“ (Q2) usw. zu gewährleisten.

### Zu Aufgabe 2: Sicherheitspolitik in der Theorie ...

Das Modell des Politologen Christopher Daase legt nahe, dass sich der Sicherheitsbegriff im Zuge der Globalisierung verändert hat. Von rechts unten im Uhrzeigersinn: Die **Referenzdimension** bezieht sich auf die Frage, wessen Sicherheit gewährleistet werden soll. Galt zunächst der Nationalstaat als zentraler Akteur der internationalen Politik, wurde im Laufe der Zeit das menschliche Individuum zum Referenzobjekt. Damit erweitert sich der Schutz des Individuums vor Krieg und Gewalt hin zur Gewährleistung derjenigen Funktionen, die ein individuelles Leben in Freiheit und Würde ermöglichen. In der **Sachdimension** wird deutlich, dass sich aus einer rein militärischen Sicherheit ein ökonomisches, ökologisches und schließlich die Gewährleistung elementarer Menschenrechte umfassendes Sicherheitsverständnis entwickelt hat.

Die **Raumdimension** beschreibt den Wandel von der traditionellen Sicherheit des nationalen Territoriums über zwischenstaatliche Kooperationsanstrengungen mit dem Ziel der internationalen Stabilität hin zur globalen Sicherheit, die sich auf die gesamte Menschheit bezieht – mit der Aussicht auf eine Weltgesellschaft mit freien Individuen. In der **Gefahrendimension** weitet sich der Blick von traditionellen Bedrohungslagen etwa des Kalten Kriegs hin zu Verwundbarkeiten: Unbestimmte Risiken wie Terrorismus, Umweltzerstörung usw. geraten in den Blick und bestimmen die Sicherheitspolitik. Diese darf demnach nicht reaktiv sein, sondern muss proaktiv Gefahren identifizieren, ehe sie zur Bedrohung werden.

Je nach Leistungsstärke können die Schüler/-innen durch die Methode Think-Pair-Share an die Grafik herangeführt werden.

### Zu Aufgabe 3: ... und in der Praxis

Über die Zuständigkeit der Ministerien soll der Sicherheitsbegriff weiter erschlossen werden. Als Teil der Außenpolitik ist der Sicherheitsbegriff breit verankert, findet aber auch in der Innenpolitik Verwendung und erschöpft sich nicht in dieser Auflistung (z. B. spricht das Wirtschaftsministerium von „Energiesicherheit“). In der Wissenschaft spricht man daher auch von „Versicherheitlichung“.

**zu a) – c)** Das **Auswärtige Amt (3/Annalena Baerbock)** ist zuständig für die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zu anderen Staaten und internationalen Organisationen (A). Es ist damit die zentrale Institution der Bundesrepublik in der Außenpolitik, ein Teilbereich davon ist die Sicherheitspolitik. Als klassischem sicherheitspolitischen Akteur obliegt dem **Bundesministerium der Verteidigung (2/Christine Lambrecht)** in Friedenszeiten die Befehls- und Kommandogewalt über die Bundeswehr, die für die Landesverteidigung wie auch für Auslandseinsätze (A) zuständig ist. Das **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (1/Svenja Schulze)** verantwortet die Entwicklungszusammenarbeit mit anderen Staaten (A). In seiner Selbstbeschreibung ist häufig von der „menschlichen Sicherheit“ die Rede, die beispielsweise „Ernährungssicherheit“ umfasst. In Abgrenzung dazu wird am **Bundesministerium des Innern und für Heimat (4/Nancy Faeser)** ersichtlich, dass der Sicherheitsbegriff nicht nur in den Außenbeziehungen Anwendung findet. Während die erstgenannten Ministerien auf verschiedene Weise in den

internationalen Raum hineinwirken, ist das Schlagwort „Innere Sicherheit“ mit Terrorabwehr und Verbrechensbekämpfung im Inland verbunden (I), wobei hier jedoch internationale Zusammenarbeit immer wichtiger wird (A). Deutlich wird der Unterschied darin, dass es in den internationalen Beziehungen anders als innerstaatlich grundsätzlich kein Gewaltmonopol gibt und die Normdurchsetzung entsprechend schwieriger ist.

## AB 02 Deutschlands Rolle in der Welt – im Wandel begriffen?

### Zu Aufgabe 1: Wandel in der deutschen Außenpolitik

**zu a)** Beweggründe: Es sollen schwere und systematische Menschenrechtsverletzungen und eine humanitäre Katastrophe verhindert werden. Außerdem wird die Verteidigung von Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte angeführt. Darauf kann in Aufgabe 4 nochmals Bezug genommen werden.

**zu b)** Je nach Stärke der Lerngruppe sollten die Begriffe vorab eingeführt werden. Dabei kann mit der Bedeutung der Vorsilben *uni*, *multi* und *bi* gearbeitet werden.

**zu c)** Der Einsatz markiert einen Wendepunkt in der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik. Zwar beteiligte man sich in den Jahren zuvor bereits an Einsätzen zur Friedenssicherung, der Kosovokrieg stellte jedoch den ersten Kampfeinsatz in der Geschichte der Bundeswehr dar. Der Einsatz ist bis heute mitunter umstritten, da Deutschland zwar multilateral im Rahmen der NATO handelte, ein UN-Mandat und damit eine völkerrechtliche Legitimation jedoch nicht vorlagen.

### Zu Aufgabe 2: Sicherheitspolitische Leitlinien

Als „Weißbücher“ werden Grundlagendokumente bezeichnet, die das politische Handeln einer Regierung beschreiben. Eine umfassendere „Nationale Sicherheitsstrategie“ ist in Planung.

#### Angela Merkel:

*Multilaterales, transatlantisches Handeln im Rahmen von EU und NATO zur Verteidigung gemeinsamer Werte (u. a. Menschenrechte, Freiheit); vorausschauende Sicherheitspolitik; Zusammenwirken von zivilen und militärischen Instrumenten; Bundeswehr als eines von mehreren Instrumenten in der Sicherheitspolitik*

#### Ursula von der Leyen:

*Bundeswehr im Dienst von Sicherheit und Frieden, trägt zur internationalen Sicherheit bei; multilaterales Handeln (NATO/EU) wird betont*

In beiden Texten schlägt sich zudem die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland 2014 nieder: Deutschland müsse demnach wieder verstärkt in Landes- und Bündnisverteidigung investieren. Deren größere Bedeutung hat sich somit schon vor 2022 angekündigt.

### Zu Aufgabe 3: Grundgesetz als Richtschnur

**Parlamentsvorbehalt: Q3.** Weil das Grundgesetz in Art. 87a dem Einsatz der Bundeswehr strenge Vorgaben macht, muss der Bundestag Einsätze außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes genehmigen. Das *Parlamentsbeteiligungsgesetz* geht auf das „Out-of-area“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1994 zurück.

**Art. 26 Abs. 2 GG: Q2.** Die Friedfertigkeit der Bundesrepublik ist im Grundgesetz in Art. 26 festgeschrieben. Absatz 2 dient als Grundlage für Rüstungsexporte, Näheres regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz.

**Art. 24 Abs. 2 GG: Q4.** Die NATO gilt als „System kollektiver Sicherheit“, in dessen Rahmen die Bundeswehr zur „Wahrung des Friedens“ tätig werden darf.

Mit Bezug zu S. 3 dieser Ausgabe können weitere Artikel des Grundgesetzes und Beispiele zugeordnet werden, etwa zum Einsatz der Bundeswehr im Inland.

### Zu Aufgabe 4: Werte und/oder Interessen?

**zu a)** Die Statistik zeigt, dass klassische sicherheitspolitische Anliegen auf den hinteren Plätzen rangieren, wobei der multilaterale Gedanke und die friedliche Lösung von Konflikten im Vordergrund stehen. Die Umfrage wurde im Dezember 2021 und damit vor Ausbruch des Kriegs in der Ukraine durchgeführt. Eine Erhebung im Juni 2022 bestätigte jedoch den breit verankerten Wunsch nach einem handlungsfähigen und geeinten Europa insbesondere mit Blick auf den Ukrainekrieg.<sup>3</sup>

- A** eher Werte, zugleich aber wenig spezifiziert
- B** beides (Menschenrechte, aber auch technologischer Fortschritt)
- C** beides (Menschenrechte, aber auch globaler Handel)
- D** beides (Wertegemeinschaft, aber auch kollektive Sicherheit)
- E** eher Interessen (es können aber auch Werte wie Rechtsstaatlichkeit o. ä. damit gefördert/verteidigt werden)
- F** beides (Konflikte im Vorfeld lösen, so dass weder Werte gefährdet noch Interessen berührt werden)

**zu b)** In Aufgabe a) wird deutlich, dass sich Werte und Interessen mitunter überlappen. Sie können aber auch widersprüchlich sein, etwa wenn Handelsfragen mit einer problematischen Menschenrechtslage konfliktieren.

## AB 03 Der Krieg in der Ukraine und die Reaktionen

### Zu Aufgabe 1: Reaktionen auf den russischen Angriff

**zu a)** und **b)** Eine ausführliche Beschreibung des Ukraine Konflikts kann im Rahmen dieser Ausgabe nicht erfolgen, anhand der Reaktionen können jedoch die Tragweite und Verurteilung der russischen Aggression erschlossen werden (rot: Q2, 3, 6). Deutlich wird auch, dass mit China ein mächtiger Akteur den Angriff nicht klar verurteilt und daher als „neutral“ gelten kann. Dies trifft auch auf den Kommentar der türkischen Zeitung zu, wenngleich die Türkei im Unterschied zu China der UN-Reso-

<sup>3</sup> Thomas Petersen: „Mehrheit wünscht sich ein starkes Europa“, 22. 6. 2022. [www.faz.net/-gpg-asbnh](http://www.faz.net/-gpg-asbnh)

lution zustimmte (gelb: Q1, 5). Für die Aussage Putins (grün: Q4), in der Ukraine müssten Nazis bekämpft werden, gibt es keinerlei Evidenz. Unabhängig davon ist die „Spezialoperation“, wie Putin den Angriffskrieg nennt, völkerrechtlich eindeutig zu werten (s. Aufgabe 2).

**zu c)** Der russische Angriff markiert im Daase-Modell (AB 01) den Rückfall in ein klassisches Muster: Mit militärischer Gewalt wird ein anderer Staat angegriffen, wobei zur Legitimation ein Bedrohungsszenario gezeichnet wird (Q6).<sup>4</sup>

### Zu Aufgabe 2: Internationale Bewertung ...

Es handelt sich um eine klare völkerrechtliche Verurteilung Russlands. Allerdings hat diese nur symbolischen Charakter. Es war jedoch ein deutlicheres Signal, als man im Vorfeld hätte vermuten können, da sich traditionell mit Russland verbündete Staaten wie Kuba oder Bolivien enthalten haben.

### Zu Aufgabe 3: ... und nationale Konsequenzen

Je nach Leistungsstand kann in Alternative zur vollständigen Regierungserklärung auch auf diese Zusammenfassung zurückgegriffen werden: [suedkurier.de/art410924,11059596](https://suedkurier.de/art410924,11059596).

**zu a) und b)**

**Handlungsauftrag 1:** Die Ukraine unterstützen, auch mit Waffenlieferungen.

**Handlungsauftrag 2:** Putin über Sanktionen zum Einlenken zwingen.

**Handlungsauftrag 3:** Ausweitung des Kriegs auf andere europäische Länder verhindern und hierzu die NATO stärken.

**Handlungsauftrag 4:** Mehr Investitionen in die Sicherheit Deutschlands (auch gegen Cyberangriffe usw.), um Freiheit und Demokratie zu schützen. Hier werden mit ökonomischen und finanzpolitischen Konsequenzen (wie Inflation) auch Themen angesprochen, die in AB 04 aufgegriffen werden.

**Handlungsauftrag 5:** Weiter auf Diplomatie (jedoch nicht um des Redens willen) und multilaterales Agieren setzen.

Bei Auftrag 4 kann bereits auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO eingegangen werden. Die Diskussion, ob es sich tatsächlich um eine „Zeitenwende“ handelt, kann offen enden und als Einstieg in AB 04 genutzt werden.

## **AB 04** Konsequenzen der „Zeitenwende“ – kontrovers diskutiert

### Zu Aufgabe 1: „Zeitenwende“ über Nacht?

Der Einstieg knüpft direkt an die Zeitenwende-Rede von Bundeskanzler Olaf Scholz an: Der Deutsche Michel erwacht überrascht am Morgen nach dem russischen Überfall und findet sich in einem Camouflagebettzeug wieder. Quasi über Nacht rückt das traditionelle Sicherheitsstreben wieder in den Mittelpunkt. Dabei können die Schüler/-innen über die Sprechblase Fragen aufwerfen, z. B. ob die Zuspitzung so überraschend kam, ob der Wandel wirklich derart drastisch ausfallen wird oder auch kritisch, ob dieser Interpretation widersprochen werden sollte.

### Zu Aufgabe 2: Rolle der Bundeswehr und NATO

**zu a) und b)** Die materielle Unterfinanzierung der Bundeswehr in den vergangenen Jahren soll mit Bildung eines „Sondervermögens“ in den kommenden Jahren beendet werden. Hierfür wurde Artikel 87a des Grundgesetzes geändert, um die Investitionen außerhalb des Bundeshaushalts über Kredite finanzieren zu können.

**zu c)** Anhand der Aufgabe wird deutlich, dass die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Lichte internationaler Bündnisverpflichtungen gesehen werden muss. Bei der Abstimmung kann auch auf einen internationalen Vergleich abgestellt werden: Nach Angaben der NATO erfüllten im Juni 2022 neun der derzeit noch 30 NATO-Staaten das Zwei-Prozent-Ziel.

**zu d)** Verglichen mit früheren Umfragen wird deutlich: Die Bereitschaft der Deutschen zur Anhebung des Etats stieg mit dem Ukrainekrieg. 2019 stimmten dieser Frage 50 Prozent der Befragten zu, 46 Prozent verneinten.

### Zu Aufgabe 3: Was folgt aus der „Zeitenwende“?

Der Ukrainekrieg und die ausgerufene „Zeitenwende“ haben außen- wie innenpolitische Debatten über die vielfältigen Konsequenzen ausgelöst.

In einer Grundsatzrede forderte beispielsweise der SPD-Vorsitzende Klingbeil den Anspruch Deutschlands „einer Führungsmacht“ ein, die auch „militärische Gewalt“ als „legitimes Mittel“<sup>5</sup> einsetzen müsse. Bundespräsident Steinmeier machte sich für eine allgemeine Dienstpflicht stark, die sich aber nicht auf die Bundeswehr beschränken müsse (Gruppe 1). Mit Blick auf den Ukrainekonflikt werden auch Forderungen nach Verhandlungen und nach einem Waffenstillstand, verbunden mit der Einstellung von Waffenlieferungen an die Ukraine, laut (Gruppe 4).<sup>6</sup> Schließlich werden auch die innenpolitischen Konsequenzen diskutiert: Durch die Abhängigkeit von russischem Gas drohen Produktionsausfälle, finanzielle Notlagen und persönliche Einschränkungen. Wirtschaftsminister Habeck verdeutlichte dies mit der Aussage, Deutschland werde „buchstäblich ärmer“ (Gruppe 2).<sup>7</sup> Die hohen Ausgaben zur Abfederung der Folgen und für das Sondervermögen führen zu der Frage, ob zukünftig weniger Geld für andere Ausgaben vorhanden sein wird (Gruppe 3).

Der enge Zusammenhang und die Verknüpfung von innen- und außenpolitischen Argumenten ermöglicht eine Abschlussdiskussion anhand der Kategorien „Werte“ und „Interessen“ – stehen sie in einem Spannungsverhältnis zueinander oder sind sie deckungsgleich? Anhand der ausgetauschten Argumente lassen sich diese Fragen individuell beantworten.

<sup>4</sup> Zum Sicherheitsbegriff aktuell siehe Christopher Daase: „Ein freiheitlicher Sicherheitsbegriff für die Nationale Sicherheitsstrategie“, 27. 6. 2022. [blog.prif.org/2022/06/27/ein-freiheitlicher-sicherheitsbegriff-fuer-die-nationale-sicherheitsstrategie/](https://blog.prif.org/2022/06/27/ein-freiheitlicher-sicherheitsbegriff-fuer-die-nationale-sicherheitsstrategie/)

<sup>5</sup> Lars Klingbeil: „Sozialdemokratie hat die Chance, Europa zu prägen“, 21. 6. 2022. [vorwaerts.de/artikel/sozialdemokratie-hat-chance-europa-praegen](https://vorwaerts.de/artikel/sozialdemokratie-hat-chance-europa-praegen)

<sup>6</sup> Beispielhaft gilt ein offener Brief Prominenter zu Waffenlieferungen an die Ukraine: [zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand](https://zeit.de/2022/27/ukraine-krieg-frieden-waffenstillstand)

<sup>7</sup> Robert Habeck: „Deutschland wird buchstäblich ärmer“, 27. 4. 2022. [stern.de/31810480.html](https://stern.de/31810480.html)

# Grundlagen der Außen- und Sicherheitspolitik

Was verstehen wir unter dem Begriff „Sicherheit“? Was umfasst Außen- und Sicherheitspolitik?

## Was ist Sicherheit?

**1 a)** Sicherheit ist für mich ...

**b)** Diskutiere deine Antwort mit zwei Mitschülern/-innen.

**c)** Lies die Aussagen Q1–Q4 und markiere die für dich zentralen Wörter.

Sicherheit ...

**Q2** ... beinhaltet viel mehr als nur die Abwesenheit gewaltsamer Konflikte. Sie umfasst Menschenrechte, verantwortungsvolle Regierungsführung, Zugang zu Bildung und Gesundheit sowie eine Gewährleistung, dass jedes Individuum die Freiheiten und Möglichkeiten hat, sein Potenzial zu entfalten. (Commission on Human Security, 2003)

**Q1** ... ist die Abwesenheit von Bedrohung der erreichten wirtschaftlichen, kulturellen und moralischen Werte. (Arnold Wolfers, 1952)

**Q3** ... bezeichnet im Völkerrecht den Zustand eines Staates, in dem dieser einen wirksamen Schutz gegen von außen drohende Gefahren für seine Existenz, seine Unabhängigkeit und seine territoriale Integrität genießt. (Dieter Deiseroth, 2000)

**Q4** ... ist ein Zustand, in dem sich Individuen, Gruppen und Staaten nicht von ernststen Gefahren bedroht fühlen bzw. sich wirksam von ihnen geschützt sehen und ihre Zukunft nach eigenen Vorstellungen gestalten können. (Ernst-Christoph Meier, 2012)

**d)** Vergleiche deine Antwort aus 1a) mit den Aussagen und entscheide dich abschließend für eine Definition (Kombinationen sind möglich). Begründe deine Entscheidung im Plenum.

## ... und in der Praxis

**3 a)** Benenne in der Tabelle die vier Ministerinnen und das dazugehörige Ministerium.

**b)** Fülle in der letzten Spalte aus: Geht es bei den jeweiligen Ministerien um Außen- (A) oder Innenpolitik (I)?

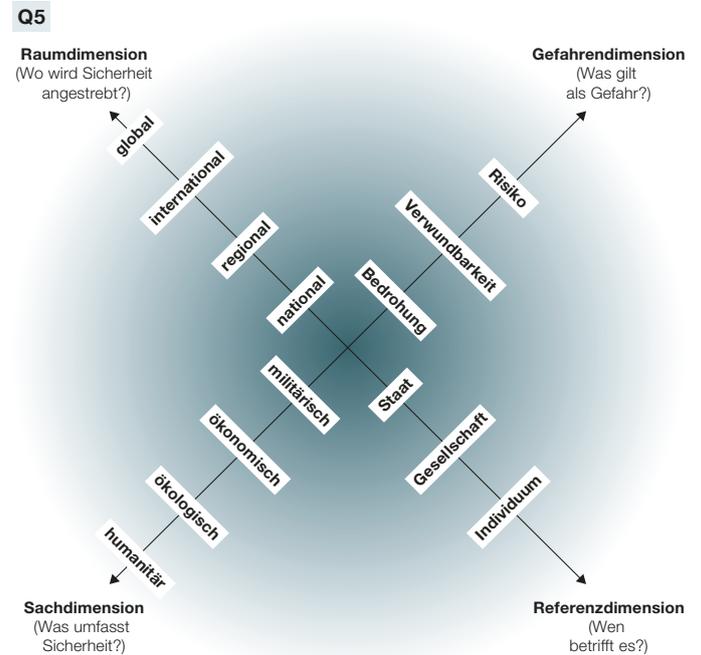
**c)** Analysiere: Wer ist für die Sicherheitspolitik verantwortlich? (Tipp: Nimm Q5 zu Hilfe)

Bild	Bundesministerin ...	Name	A / I
	des Auswärtigen		
2		Christine Lambrecht	
		Svenja Schulze	
	des Innern und für Heimat		

## Sicherheitspolitik in der Theorie ...

**2** Der Sicherheitsbegriff spielt in den internationalen Beziehungen eine große Rolle. Bis in die 1980er Jahre verstand man darunter vor allem militärische Sicherheit. Heute hat der Begriff eine umfassendere Bedeutung und enthält mehrere Dimensionen.

Beschreibe anhand von Q5 den Wandel. Lesetipp: Das Zentrum beschreibt das ursprüngliche Sicherheitsverständnis.



Q1 – Q4: Nielebrock, Thomas (2016), siehe S. 13 dieser Ausgabe; Q5: nach Christopher Daase, Aus Politik und Zeitgeschichte, 50/2010, S. 10.; Bild 1: BMZ, <https://youtu.be/PzdfjUJr-kc?list=PL585643496>; Bild 2: U.S. Secretary of Defense, [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christine\\_Lambrecht\\_202016-D-T-1977-0386\\_\(61885643496\).cropped.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Christine_Lambrecht_202016-D-T-1977-0386_(61885643496).cropped.jpg); Bild 3: Auswärtiges Amt, [www.auswaertiges-amt.de/2513392](http://www.auswaertiges-amt.de/2513392); Bild 4: BMI, <https://youtu.be/NLzTKgBlhI>

# Deutschlands Rolle in der Welt – im Wandel begriffen?

*Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik ist geprägt von den Lehren aus den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Gleichzeitig unterliegt sie einem Wandel.*

**Q1** Der Einsatz der Bundeswehr im Kosovokonflikt war ein Wendepunkt in der deutschen Außenpolitik. In seiner Rede vom 24. März 1999 erläuterte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder die Beweggründe:

„Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute Abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. [...] Mit der gemeinsam von allen Bündnispartnern getragenen Aktion verteidigen wir auch unsere gemeinsamen grundlegenden Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wir dürfen nicht zulassen, daß diese Werte, nur eine Flugstunde von uns entfernt, mit Füßen getreten werden. An dem Einsatz der NATO sind auch Soldaten der Bundeswehr beteiligt. So haben es Bundesregierung und der Deutsche Bundestag beschlossen – in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit des Deutschen Volkes. Die Bundesregierung hat sich ihre Entscheidung nicht leichtgemacht, schließlich stehen zum erstenmal nach Ende des Zweiten Weltkrieges deutsche Soldaten im Kampfeinsatz.“

## Wandel in der deutschen Außenpolitik

**1 a)** Arbeite die Beweggründe für das Eingreifen der NATO und der Bundeswehr in den Kosovokonflikt heraus (Q1).

.....  
.....

**b)** Ordne das deutsche Handeln einem der folgenden Grundsätze zu:

- Unilateralismus     Multilateralismus     Bilateralismus

**c)** Erläutere, warum die Entscheidung, deutsche Soldatinnen und Soldaten in den Kampfeinsatz zu schicken, der Bundesregierung 1999 so schwergefallen ist.



Lesetipp: [bpb.de/7892](http://bpb.de/7892)

.....  
.....  
.....

## Sicherheitspolitische Leitlinien

**2** Das Weißbuch 2016 (QR-Code) ist ein Grundlagendokument, das die deutsche Sicherheitspolitik beschreibt.



Arbeite arbeitsteilig in Partnerarbeit aus dem Vorwort der damaligen Bundeskanzlerin (S. 6/7) und der damaligen Verteidigungsministerin (S. 8/9) die sicherheitspolitische Rolle heraus, die Deutschland und die Bundeswehr auf der Welt spielen sollten.

Angela Merkel	Ursula von der Leyen
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....
.....	.....

## Grundgesetz als Richtschnur

**3** Im Grundgesetz sind die Rolle der Bundeswehr und die Lieferung von Waffen geregelt.

Ordne die Schlagzeilen den entsprechenden Grundgesetzartikeln oder Prinzipien zu:

- Parlamentsvorbehalt  
 Art. 26 Abs. 2 GG  
 Art. 24 Abs. 2 GG

**Deutsche Rüstungsexporte –**  
Baerbock dringt auf schärfere Kontrollen  
**Q2**

**Bundestag hat zugestimmt:**  
Bundeswehr bleibt in Mali und Niger  
**Q3**

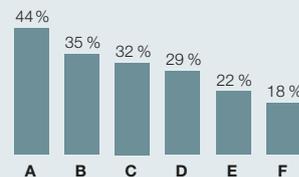
**Verlängerung der Bundeswehrbeteiligung**  
an NATO-Operation im Mittelmeer  
**Q4**

## Werte und/oder Interessen?

**4 a)** Analysiert Q5 in Kleingruppen. Ordnet A–F einer der folgenden Kategorien zu: Werte, Interessen oder beides (siehe Infokasten):

Werte: ..... Interessen: .....

**Q5** Die wichtigsten außenpolitischen Aufgaben für die neue Bundesregierung: Europa, Klima und Corona



- A** den Zusammenhalt Europas stärken
- B** den weltweiten Klimaschutz fördern
- C** ärmere Länder bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie unterstützen
- D** sich für eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik einsetzen
- E** den Einfluss autoritärer Staaten wie Russland und China begrenzen
- F** bei Konflikten durch Diplomatie und Verhandlungen vermittelnd eingreifen

IP-Forsa-Frage 1/2 2022, Mehrfachnennungen möglich

**i** Bei **Werten** geht es darum, Themen wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Freiheit oder Umweltschutz bestmöglich in die internationale Debatte einzubringen. Zugleich geht es in der Außenpolitik immer um die Durchsetzung von **Interessen** wie etwa den Erhalt von Macht und Einfluss, eine florierende Wirtschaft, stabile Energieversorgung oder offene Handelswege.

**b)** Diskutiert, ob für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik eher Werte oder eher Interessen handlungsleitend sein sollten.

# Der Krieg in der Ukraine und die Reaktionen

*Bedeutet der russische Überfall auf die Ukraine eine „Zeitenwende“ in der Sicherheitspolitik?*

## Reaktionen auf den russischen Angriff

**1 a)** Markiere die Kommentare verschiedener Medien und Politiker (Q1 – Q6) in drei unterschiedlichen Farben: Rot für die Verurteilung des russischen Vorgehens, grün für eine Rechtfertigung und gelb für eine neutrale Haltung dazu.

**Q1** „Eine Ära ist zu Ende, schwere Zeiten brechen an. Die Türkei sollte sich weder auf den Westen stützen noch auf Russland vertrauen. [...] Solange die Türkei auf dem dritten Weg bleibt, wird sie erstarben.“ *Zeitung „Yeni Savak“ (Türkei)*

**Q2** „Unabhängig davon [...] wie sehr er [Putin] sich über das Eindringen des Westens in das, was er als Russlands Einflussosphäre ansieht [...], beschwert, ist die unprovokierte Invasion eines souveränen europäischen Staates eine unprovokierte Kriegserklärung in einem Ausmaß, [...] in dem man es nicht mehr für möglich hielt.“ *Zeitung „New York Times“ (USA)*

**Q3** „Putins Einmarsch in die Ukraine betrifft die Letten persönlich – sowohl aus menschlich-ethischen als auch aus existenziellen Gründen. Die Ukrainer kämpfen derzeit dafür, dass wir nicht die Nächsten sind. [...] Wir müssen unsere Hausaufgaben machen, damit wir nicht die Nächsten sind [...]“ *Zeitung „Diena“ (Lettland)*

**Q4** „Die NATO-Staaten wollten uns nicht hören – sie hatten andere Pläne. [...] Es wurde systematisch eine für uns inakzeptable Bedrohung geschaffen – und zwar an unseren Grenzen. Wir haben gesehen, dass die Gefahr immer größer wurde. [...] Ihr kämpft für unser Vaterland, für die Zukunft. Damit niemand die Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg vergisst, damit es keine Nazis mehr gibt.“ *Wladimir Putin (russischer Präsident)*

**Q5** „Die chinesisch-russische Zusammenarbeit ist grenzenlos. [...] Die Grundursache der Ukraine-Krise sind die regionalen Spannungen in Europa. [...] Unter den Spezialoperationen leidet der Welthandel und die Energiepreise steigen.“ *Xi Jinping (chinesischer Präsident)*

**Q6** „Dieses Verbrechen ist aber nicht allein das Spiel eines soziopathischen Geistes, es ist auch ein klarer Beweis dafür, was mit der Welt passiert, wenn ihre Führer Interessen statt Werten folgen.“ *Zeitung „Lativjas Avise“ (Lettland)*

**b)** Vergleiche eure Entscheidungen und begründe sie.

**c)** Ordne den Konflikt mit Hilfe der Grafik zum erweiterten Sicherheitsbegriff (AB 01, Q5) ein.

## Internationale Bewertung...

**2** Auch die UN-Vollversammlung befasste sich mit den Ereignissen. In einer Abstimmung verurteilten 141 Länder Russlands Vorgehen, 35 enthielten sich und 5 stimmen gegen die Verurteilung (Q7). Bewerte das Abstimmungsergebnis. Gehe vor allem auf die Länder ein, die sich enthalten und dagegen gestimmt haben.

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

## ... und nationale Konsequenzen

**3** Erarbeite die Zeitenwende-Rede (Q8/QR-Code oder Link am Seitenrand) in einem Gruppenpuzzle.

**a)** Bildet 5 Kerngruppen und scannt den QR-Code zur Rede. Jede Gruppe arbeitet einen der fünf „Handlungsaufträge“ heraus.

**b)** Bildet im Anschluss gemischte Gruppen mit je einer Person aus jeder Kerngruppe und trage eure Ergebnisse zusammen.

**Q8** „Der 24. Februar 2022 markiert eine Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents. Mit dem Überfall auf die Ukraine hat der russische Präsident Putin kaltblütig einen Angriffskrieg vom Zaun gebrochen – aus einem einzigen Grund: Die Freiheit der Ukrainerrinnen und Ukrainer stellt sein eigenes Unterdrückungsregime infrage. Das ist menschenverachtend. Das ist völkerrechtswidrig.“



Mit diesen Worten beginnt die „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Olaf Scholz.

**c)** Formuliert in eurer Gruppe eine kurze Antwort auf die Frage, ob es sich beim Ukrainekrieg um eine Zeitenwende handelt.

Voting Started		02-Mar-22	11:55:07
<b>Item 5 - Draft resolution A/ES-11/L.1</b>			
<b>Aggression against Ukraine</b>			
<input checked="" type="checkbox"/>	AFGHANISTAN	<input checked="" type="checkbox"/>	KUWAIT
<input checked="" type="checkbox"/>	ALBANIA	<input checked="" type="checkbox"/>	KYRGYZSTAN
<input checked="" type="checkbox"/>	ALGERIA	<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>	ANDORRA	<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>	ANGOLA	<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>	ANTIGUA-BARBUDA	<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>	ARGENTINA	<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>	AUSTRALIA	<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>	AZERBAIDZHEJAN	<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>	BAHAMAS	<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>	BAHRAIN	<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>	BANGLADESH	<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>	BARBADOS	<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>	BELGIUM	<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>	BELARUS	<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>	BELGIUM	<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>	BENIN	<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>	BHUTAN	<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>	BOLIVIA	<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>	BOSNIA-HERZEGOVINA	<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>	BOTSWANA	<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>	BRAZIL	<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>	BULGARIA	<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>	BURUNDI	<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>	CAMBODIA	<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>	CANADA	<input checked="" type="checkbox"/>	NAPOLI
<input checked="" type="checkbox"/>	CHINA	<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>	COLOMBIA	<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>	COSTA RICA	<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>	COTE D'IVOIRE	<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>	CUBA	<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>	CYPRUS	<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>	CZECH REPUBLIC	<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>	DEM. PR. OF KOREA	<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>	DEM. REP. OF THE C.	<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>	DENMARK	<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>	DOMINICA	<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>	DOMINICAN REP.	<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>	ECUADOR	<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>	EGYPT	<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>	EL SALVADOR	<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>	EQUATORIAL GUINEA	<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>	ERITREA	<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>	ESWATINI	<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>	ETHIOPIA	<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>	FIJI	<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAWI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALAYSIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALDIVES
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MALTA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MARSHALL ISLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MEXICO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONACO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MONTENEGRO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MOROCCO
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MURRAY
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MYANMAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NAMIBIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NANAI
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEPAL
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NETHERLANDS
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NEW ZEALAND
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	NICARAGUA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIBANON
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LIECHTENSTEIN
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LITHUANIA
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	LUXEMBURG
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	MADAGASCAR
<input checked="" type="checkbox"/>		<input checked="" type="checkbox"/>	M

# Konsequenzen der „Zeitenwende“ – kontrovers diskutiert

Was folgt aus der neuen internationalen Lage für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft?

## „Zeitenwende“ über Nacht?

**1**

**Q1**

ZEITENWENDE

a) Beschreibe die Karikatur (Q1).

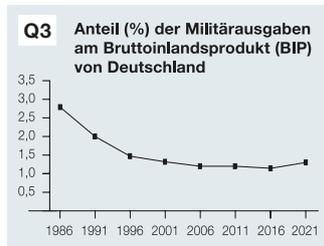
b) Erläutere, welche Aussage der Karikaturist hier trifft.

c) Ergänze die Gedankenblase mit ein bis drei Sätzen.

## Rolle der Bundeswehr und NATO

**2** Als Reaktion auf den Ukrainekrieg hat der Bundestag beschlossen, die Bundeswehr mit einem „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro auszustatten.

a) Entwirf eine Schlagzeile für eine Zeitung zum aktuellen Zustand der Bundeswehr. Nimm Q2 und Q3 zur Hilfe.



b) Stelle deine Schlagzeile im Plenum vor und begründe sie.

c) Die NATO fordert von jedem Mitgliedsland Rüstungsausgaben in Höhe von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts: Erörtere: Findest du diese Forderung sinnvoll oder nicht? Stimmt dazu in der Klasse ab.

d) Vergleiche das Ergebnis mit der ausgewerteten Umfrage (Q4).



## Was folgt aus der „Zeitenwende“?

**3** Der russische Überfall auf die Ukraine hat den Krieg in die Mitte Europas zurückgebracht. Vor diesem Hintergrund stellt sich nun die Frage: Welche Rolle soll Deutschland, auch angesichts seiner Geschichte, einnehmen, was bedeutet das für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft? Ein Kommentar in den Tagesthemen fordert zur Diskussion auf. Seht euch das Video (QR-Code) an. [youtu.be/mWwRbSPFzmM?t=1170](https://youtu.be/mWwRbSPFzmM?t=1170)



a) Gestaltet ein Streitgespräch. Geht dazu in Gruppen zusammen und bereitet eure Position vor:

**Gruppe 1:** Ihr plädiert für ein stärkeres militärisches Engagement im Rahmen der NATO und EU und seid auch bereit, aufzurüsten und Waffen beispielsweise in die Ukraine zu liefern. Dafür könnt ihr euch auch die Einführung eines Pflichtdienstes vorstellen.

**Gruppe 2:** Ihr sorgt euch um die wirtschaftliche und soziale Situation in Deutschland (Inflation, Engpässe in der Gasversorgung), die sich daraus ergebenden Einschränkungen und den drohenden Verzicht.

**Gruppe 3:** Ihr seht vor allem die Schulden kritisch, die die Bundesregierung zur Finanzierung ihrer Vorhaben (Sondervermögen für die Bundeswehr, Tankrabatt usw.) aufnehmen muss.

**Gruppe 4:** Ihr plädiert für ein pazifistisches Engagement in der Weltpolitik, das die Anwendung von Gewalt ablehnt und daher ohne Waffenlieferungen und militärisches Engagement auskommt.

b) Führt das Streitgespräch in der Klasse vor. Jede Gruppe schickt zwei Vertreter/-innen in das Streitgespräch. Alle anderen schreiben das ihrer Meinung nach beste Argument jeder Gruppe auf, das im Laufe der Diskussion genannt wird.

**Gruppe 1:**

**Gruppe 2:**

**Gruppe 3:**

**Gruppe 4:**

c) Wertet die Diskussion und die Argumente im Plenum aus.

d) Bewertet abschließend, welche Kategorie ihr durch die „Zeitenwende“ eher gestärkt seht: Werte oder Interessen.

# Außen- und Sicherheitspolitik, Internationale Politik, Krieg in der Ukraine

## bpb Angebote der bpb

Aus Politik und Zeitgeschichte:  
**Krieg in Europa**  
Nr. 28-29/2022  
Bestell-Nr. 72228 | [bpb.de/510249](http://bpb.de/510249)

Aus Politik und Zeitgeschichte:  
**Militär**  
Nr. 16-17/2020  
Bestell-Nr. 72016 | [bpb.de/307672](http://bpb.de/307672)

Sarah Brockmeier, Philipp Rotmann (2019):  
**Krieg vor der Haustür. Die Gewalt in Europas Nachbarschaft und was wir dagegen tun können**  
Bestell-Nr. 10404 | [bpb.de/297529](http://bpb.de/297529)

Nariman Hammouti (2020):  
**Ich diene Deutschland. Ein persönlicher Einblick in Strukturen und Reformprozesse der Bundeswehr**  
Bestell-Nr. 10480 | [bpb.de/313690](http://bpb.de/313690)

Jochen Hippler (2020):  
**Krieg im 21. Jahrhundert**  
Bestell-Nr. 10541 | [bpb.de/324454](http://bpb.de/324454)

Yvonne Hofstetter (2020):  
**Der unsichtbare Krieg. Wie die Digitalisierung Sicherheit und Stabilität in der Welt bedroht**  
Bestell-Nr. 10567 | [bpb.de/316444](http://bpb.de/316444)

Sönke Neitzel (2022):  
**Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte**  
Bestell-Nr. 10728 | [bpb.de/345900](http://bpb.de/345900)

Manfred Quiring (2022):  
**Russland – Ukrainekrieg und Weltmachtträume**  
Bestell-Nr. 10825 | [bpb.de/510085](http://bpb.de/510085)

Bernhard Stahl (2018):  
**Internationale Politik verstehen**  
Bestell-Nr. 10131 | [bpb.de/268007](http://bpb.de/268007)

Kersten Lahl, Johannes Varwick (2019):  
**Sicherheitspolitik verstehen**  
Bestell-Nr. 10318 | [bpb.de/289242](http://bpb.de/289242)

**Sicherheitspolitische Presseschau**  
[bpb.de/themen/sicherheitspolitische-presseschau/](http://bpb.de/themen/sicherheitspolitische-presseschau/)  
Wochentäglich aktualisierte Leseempfehlungen zu sicherheitspolitischen Themen

Online-Dossier:  
**Deutsche Verteidigungspolitik**  
[bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/](http://bpb.de/themen/militaer/deutsche-verteidigungspolitik/)

Hanisauland-Spezial:  
**Krieg in der Ukraine 2022**  
[hanisauland.de/krieg-in-der-ukraine-2022](http://hanisauland.de/krieg-in-der-ukraine-2022)

Spicker Politik (2020):  
**Vereinte Nationen (Nr. 17)**  
Online/PDF | [bpb.de/312209](http://bpb.de/312209)

Themenblätter im Unterricht Nr. 121 (2018):  
**Rüstungsexporte aus Deutschland. Grundlagen und Kritik**  
Bestell-Nr. 5415 | [bpb.de/282354](http://bpb.de/282354)

**Themenseite: Krieg in der Ukraine**  
[bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/](http://bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine/)

Was geht? Broschüre (2022):  
**Krieg von Russland gegen die Ukraine**  
PDF | [bpb.de/507419](http://bpb.de/507419)

„Frieden machen“  
[bpb.de/254315](http://bpb.de/254315)  
Kurze Animationsfilme zum Thema Frieden



## Zur Vertiefung

Stephan Bierling:  
**Vormacht wider Willen. Deutsche Außenpolitik von der Wiedervereinigung bis zur Gegenwart**  
München 2015

Bundesregierung:  
**Gemeinsam für die Menschen. Weißbuch Multilateralismus der Bundesregierung**  
Berlin 2021

Deutsche Friedensforschungsinstitute (Hrsg.):  
**Friedensgutachten 2022**  
[friedensgutachten.de](http://friedensgutachten.de)

Stefan Fröhlich:  
**Das Ende der Selbstfesselung. Deutsche Außenpolitik in einer Welt ohne Führung**  
Wiesbaden 2019

Sven Bernhard Gareis:  
**Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik**  
Opladen 2021

Hanns W. Maull:  
**Deutschland als Zivilmacht**  
In: Siegmund Schmidt et. al. (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik, Wiesbaden 2007

Münchner Sicherheitskonferenz:  
**Zeitenwende Wendezeiten. Sonderausgabe des Munich Security Report zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik**  
München 2020

Thomas Nielebrock (2016):  
**Frieden und Sicherheit – Ziele und Mittel der Politikgestaltung**  
[deutschlandundeuropa.de/71\\_16/herausforderung\\_sicherheitspolitik.pdf](http://deutschlandundeuropa.de/71_16/herausforderung_sicherheitspolitik.pdf), S. 6-11

Politikum 3/2022:  
**Zeitenwende – Deutsche Außenpolitik**  
[politikum.org](http://politikum.org)

Stiftung Wissenschaft und Politik (2022):  
**Zeitenwende in der Sicherheitspolitik**  
[swp-berlin.org/en/publication/swp-podcast-spezial-zeitenwende-in-der-sicherheitspolitik-die-neuaufstellung-von-nato-und-bundeswehr](http://swp-berlin.org/en/publication/swp-podcast-spezial-zeitenwende-in-der-sicherheitspolitik-die-neuaufstellung-von-nato-und-bundeswehr)  
Podcast (ca. 30 min) zur Sicherheitspolitik seit dem russischen Angriff auf die Ukraine

**augengeradeaus.net**  
Blog von Thomas Wiegold mit sicherheits- und verteidigungspolitischen Schwerpunkt

**sicherheitspod.de**  
Podcast „Sicherheitshalber“ mit verschiedenen Themen rund um Sicherheitspolitik

## Für den Unterricht

Das Deutsche Schulportal (2022):  
**„Über Krieg reden“ – Krieg in der Schule thematisieren**  
[youtu.be/MIM4mu3xTIE](https://youtu.be/MIM4mu3xTIE)  
Mitschnitt einer Online-Veranstaltung der Robert Bosch Stiftung über den Umgang mit dem Ukrainekrieg in Bildungskontexten

Carl Deichmann (2015):  
**Fachdidaktische Perspektiven und Kategorien zur Erschließung internationaler Krisen und Konflikte**  
In: Unterricht Wirtschaft + Politik 4/2015  
[fr-v.de/nl/ausgaben/redaktion/eth/sondernl\\_ukraine/UWP\\_4\\_15\\_52-55.pdf](http://fr-v.de/nl/ausgaben/redaktion/eth/sondernl_ukraine/UWP_4_15_52-55.pdf)

Ernst Klett Verlag:  
**Krieg in der Ukraine: Eine Übersicht für Schule und Unterricht**  
[ernst-klett-verlag.de/krieg-in-der-ukraine-internationale-konflikte-als-unterrichtsthema/](http://ernst-klett-verlag.de/krieg-in-der-ukraine-internationale-konflikte-als-unterrichtsthema/)  
Umfangreiche kommentierte Linksammlung

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:  
**Mach's klar! 52-2022: Putins Angriff auf den Frieden**  
[lpb-bw.de/publikation3610](http://lpb-bw.de/publikation3610)  
Sonderausgabe mit drei Arbeitsblättern für eine Unterrichtsstunde zum Ukrainekrieg

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg:  
**Unterrichtsmaterialien Frieden und Sicherheit**  
[europaimunterricht.de/unterrichtseinheiten-frieden-und-sicherheit](http://europaimunterricht.de/unterrichtseinheiten-frieden-und-sicherheit)  
Laufend aktualisierte Materialsammlung

ZDF logo!  
**Krieg in der Ukraine**  
[zdf.de/kinder/logo/krieg-russland-ukraine-102.html](http://zdf.de/kinder/logo/krieg-russland-ukraine-102.html)  
Erklärvideos und Artikel zum Konflikt

# Auf der Suche nach spannenden Fakten?



## Findest du im Timer 2022/2023.

Der Notizkalender der Bundeszentrale für politische Bildung bietet Wissenswertes aus aller Welt, Infos zu historischen Ereignissen und Fakten zum neuen Timer-Thema „Spuren“ sowie hilfreiche Tipps für Schule, Ausbildung und Studium.

Einfach bestellen auf [bpb.de/timer](https://bpb.de/timer)

**bpb**: Bundeszentrale für politische Bildung

## Zuletzt erschienene Themenblätter:

-   **Pflegenotstand | 132 | Bestell-Nr. 5427**
-   Sicherheit neu denken? | 131 | Bestell-Nr. 5426
-   Wohnen in der Krise | 130 | Bestell-Nr. 5425
-   Sport und Politik | 129 | Bestell-Nr. 5424
-   Meilensteine der deutschen Einheit | 83 | Bestell-Nr. 5976
-   Impfen als Pflicht? | 128 | Bestell-Nr. 5423
-   Staatsschulden | 127 | Bestell-Nr. 5422
-   Was denken Rechtsextreme? | 126 | Bestell-Nr. 5421
-   Aus Seuchen lernen? | 125 | Bestell-Nr. 5420
-   Rechtspopulismus | 114 | Bestell-Nr. 5408
-   18. März 1848/1990 | Extra | Bestell-Nr. 5419
-   Alles vereint? 30 Jahre deutsche Einheit | 124 | Bestell-Nr. 5418
-   Antisemitismus | 123 | Bestell-Nr. 5417
-  Klimaschutz und gesellschaftlicher Wandel | 122 | Bestell-Nr. 5416
-  Minderheiten und Toleranz | 105 | Bestell-Nr. 5998
- Rüstungsexporte aus Deutschland | 121 | Bestell-Nr. 5415
- Mahnmal Erster Weltkrieg | 120 | Bestell-Nr. 5414
- Digitale Öffentlichkeit, Social Media und ich | 119 | Bestell-Nr. 5413
- Hate Speech | 118 | Bestell-Nr. 5412

Alle Ausgaben online als PDF abrufbar

 Arbeitsblätter auch als ausfüllbare PDF-Dateien verfügbar

 Arbeitsblätter auch als veränderbare ODT-Dateien verfügbar



### Herunterladen, bestellen, abonnieren

Gedruckte Ausgaben kostenlos bestellen und als PDF oder OER abrufen unter: [bpb.de/themenblaetter](https://bpb.de/themenblaetter)

Sie möchten die Themenblätter regelmäßig gedruckt erhalten (2 x 2 Ausgaben / Jahr) oder haben uns etwas mitzuteilen? Schreiben Sie uns an [edu@bpb.de](mailto:edu@bpb.de).